

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren Haupt-Vertretern monatl. 1.20 M., viertel. 3.20 M. Durch die Post monatl. 1.25 M., viertel. 3.25 M. ohne Postgeld. Das Postgeld wird von den Zeitungsverkäufern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Amthliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Umgebung 40 Pf., in anderen Orten 50 Pf., in den übrigen Provinzen 60 Pf. — Einzelnummer 15 Pf. — Zusendungen 10 Pf. pro 1000.

Nummer 589

Freitag, 19. Dezember 1919.

73. Jahrgang

Unklarheiten in der Demokratischen Partei.

Die Deutsche Demokratische Partei hat am Samstag, Sonntag und Montag in Leipzig eine stark besuchte Tagung abgehalten. Der Hauptzweck des Parteitags war Festlegung eines Programms der Partei. Ein Entwurf lag dem Parteitag vor. Verfasser des Entwurfs, der schließlich einstimmig angenommen wurde, sind die Herren Staatssekretär a. D. Preuß, Professor Schäding, Gerlach, Quide, Professor Nabe, Redakteur Keller, Robert Kaufmann und Dr. Fischer. Der Samstag war der allgemeinen Aussprache über innere und äußere Politik gewidmet. Ueberblickt man die am Montag zu Ende geführte Tagung, so kann man als einlaßendes greifbares Ergebnis die Annahme des Programms feststellen. Und dieses Ergebnis ist nur ein Produkt der Not. Man hätte es vor den Wählern nicht verantworten können, mit leeren Händen zurückzukehren. Der Gesamteindruck, den der Parteitag hinterläßt, ist der, daß die Demokratie ein einheitlicher Wille mit klaren Zielen fehlt. Die Gegensätze zwischen rechts und links sind zu groß. Männer wie Professor Tröltzsch, der sagt: die Demokratie, wo sie hingehört, ist die Politik, aber nicht die Bildung; oder wie Dr. Gerlach, der sagt, er sei Nationalist, sind nur schwer neben einem Quide denkbar, oder neben einem Schäding, dem die eigenen Parteifreunde den Vorwurf machen, daß er die amerikanischen Munitionslieferungen verteidigt habe. Der Reichsminister Dr. Koch hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Regierung und ihre Tätigkeit in Schutz zu nehmen und den Wiedertritt der Demokratie in das Reichskabinett zu rechtfertigen. Eine starke Strömung wendet sich gegen die Fraktionspolitik. Das Betriebsrätegesetz, das in dem Fabrikbesitzer Reichlin und Ludwigshafen einen starken Verteidiger fand, wurde von verschiedenen Seiten, so besonders von Dr. Franz Werlin heftig angegriffen. In es wurde sogar der Vorwurf erhoben, die demokratische Fraktion trete nur deshalb für das Betriebsrätegesetz ein, weil sie es verprochen habe. Starker Widerspruch wurde auch gegen die Erberbacher Steuerpolitik laut. Der Abgeordnete Göttsch, der sonst auf dem linken Flügel der Partei steht, rief lautenwoll: Die Privatunternehmen sind tot, wenn das Kapital weggehört wird! Ingenieur Graf Beylin behauptete: Diese Steuerpolitik führt zum Bankrott! Außer dem Reichsminister Koch trat einzeln niemand für die Steuerpolitik ein. Einen breiten Raum nahm auch die Erörterung der Stellung der Sozialdemokratie ein. Hier kann man feststellen, daß die Partei sich zu einer klaren Haltung gegenüber dem Problem Sozialismus und Wirtschaft durchdringt. Die scharfe Erklärung für Erhaltung der Privatwirtschaft ist geradezu auffallend. Die Demokraten haben endlich eingesehen, daß sie auf diesem Gebiet mit Halbsheiten nicht weiterkommen. Die Erkenntnis hat sich Bahn gebrochen, daß der Liberalismus, das heißt die Anerkennung der Persönlichkeit, vor der Demokratie nicht abzuweichen werden darf. Selbst ein Mann wie Redakteur Keller von der „Frankfurter Zeitung“ betont sehr scharf, daß die Initiative des Unternehmers unentbehrlich sei; das Erörterungsprogramm habe Bankrott gemacht. Dr. Frankfurter (Berlin) erklärt: Wir treten grundsätzlich für die Privatwirtschaft ein; das Kapital sei der befruchtende Blutstrom des Wirtschaftslebens.“ Dr. Koenigstein (Berlin): Die Individualwirtschaft ist das Rückgrat des Wirtschaftslebens.“ Man erkennt deutlich das Bestreben, in allen wirtschaftlichen Fragen eine scharfe Grenzlinie zwischen Demokratie und Sozialdemokratie zu ziehen. Am Widerspruch zu diesem Bestreben steht allerdings die Forderung der demokratischen Fraktion zum Betriebsrätegesetz.

Während man auf der letzten Tagung der Demokraten noch ein starkes Einmühen nach links feststellen konnte, während man damals noch alsobald, mit der Sozialdemokratie den Kampf um die Wähler ausfechten zu müssen, stand der letzte Parteitag ganz und gar im Zeichen der Sorge wegen der Abwanderung nach rechts. Bemerkenswert sind die Neuformulierungen des Reichsministers a. D. Preuß, der sagte: Es erheben zu viele Klagen über den Abmarsch nach rechts. Der Gedanke ist falsch, zu den Wahlen zu gehen in der Stimmung: Wir verlieren ja doch! Zum Teufel, nein! Und der Reichsminister Koch betont, daß der am 9. November noch links umgeworfene Wagen nicht durch ein Ummerken nach rechts in Gana gebracht werden könne. Von starken Anzeichen auf die rechtsstehenden Parteien sagen die Berichte nichts.

Das vorgelegte Parteiprogramm sieht auf sehr starken Widerspruch hin aber schließlich aus Mangel an etwas Besseren Annahme. Sehr scharf von Gerlach (München) gegen den Entwurf vom Leber. Er behauptete am Schluß seiner vielbesprochenen Ausführungen, die Verfasser des Entwurfs hätten ihre Arbeit mehr aus dem Gefühl für die alte als für die neue, kommende Zeit geschrieben; die Ausdrucksweise sei blumig und unklar. Dr. Frankfurter (Berlin) widerspricht. Gerlach habe unrecht, seine Ausführungen seien zu neunzig Prozent falsch!

Die Antwortnote der Alliierten.

Amsterdam, 18. Dez.
Die „Times“ meldet aus Paris, daß die Alliierten den Fortschritt der Antwortnote an Deutschland festgestellt haben. Die Note wiederholt die Forderung in der Kriegesgefangenenfrage und enthält ein Verzeichnis derjenigen Personen, die sich nach Ansicht der Alliierten während des Krieges haben Vergehen zuschreiben lassen, und deren Auslieferung von ihnen gefordert wird.

Die Verhandlungen über die Wiedergutmachung.

Paris, 18. Dez.
Das „Journal“ berichtet über die Wiedergutmachungsangelegenheit bezüglich der versenkten Schiffe von Scapa Flow: Die Alliierten verlangten fünf leichte Kreuzer und 40000 Tonnen Hafenmaterial, doch keine Schiffe, Bagger usw. Deutschland erklärte, daß es die letzten Kreuzer nicht liefern könne, weil es diese Schiffe für die Küstenpolizei benötige, und erbot sich, dafür einige Großkampfschiffe, die sich noch im Bau befinden, zu geben. Man antwortete ihm, daß die Großkampfschiffe abgebaut werden müßten, und daß über diesen Punkt keine Konzession möglich sei. Die letzten Kreuzer daher geliefert werden müßten. Deutschland bewies ferner, daß es im besten Falle imstande wäre, 180000 Tonnen Hafenmaterial zu liefern, und schlug vor, noch 50000 Tonnen Hafenmaterial nach der Wahl der Alliierten zu liefern. Die technischen Sachverständigen heben darüber noch in Unterhandlung. Die Frage hängt hauptsächlich von der Entscheidung Englands ab, da ihm der größte Teil der Deute zugestimmt werden soll.

Bayerischer Partikularismus.

Die vereinigten Verbände des bayerischen Lehrpersonals und der Gau Bayern des Verbandes des deutschen Lehrpersonals erlassen folgende Warnung:
In den letzten Tagen sind Nachrichten in die bayerische Beamtenschaft gedrungen, wonach in Berlin dem einmütigen und berechtigten Verlangen nach einer mit selbstständigen Befugnissen ausgestatteten bayerischen Verwaltungsstelle entgegengehandelt wird. Die bayerischen Lehrbeamteten sollen unter die ausschließliche Diktatur des Reichs gestellt werden. Jene Männer, die in Preußen und im Reich mit derartigen Aufgaben betraut sind, mögen sich der Tragweite ihrer Verantwortung bewußt sein. Sie scheinen die Stimmung der bayerischen Lehrbeamteten und der Arbeiterklasse nicht zu kennen oder sie zu unterschätzen. Sie seien hiermit vor einer kurzfristigen Gewalttat ausdrücklich gewarnt. Die Behauptung einer bestimmten, selbstständigen, ausgeprägten durch eine bayerische Zentralstelle, wird vor den gesamten bayerischen Lehrbeamteten ohne Unterschied des Ranges oder der politischen Richtung einmütig gefordert. Die politische Lage ist nicht klar genug, um den leitenden Männern Preußens zu gestatten, mit dem Feuer zu spielen.
In der geplanten Errichtung eines deutschen Einheitsstaates schreibt die „Münchener Zeitung“:
In Bayern wird die ohnehin schon vorhandene partikuloristische Bewegung zur separatistischen werden. Die bisher nur unter der Oberfläche betriebene Politik einer Loslösung vom Reich wird viel deutlichere Formen annehmen und dabei Zustimmung in weiten Kreisen finden. Man täusche sich nicht über die Stärke und den Umfang solcher bayerischer Strömungen. Wenn werden die Führer der demokratischen und sozialdemokratischen und auch der bayerischen Mittelpartei zum Reich halten, aber ob sie für Wählermassen hinter sich hätten, wenn sie in die Berliner Straße einziehen ist eine andere Sache. Doch ein großer Teil nicht mitzählen würde, heißt heute schon fest. Man braucht nur die Mahnung der vereinigten Verbände des bayerischen Lehrpersonals zu lesen, um das behauptet zu finden. Viele Reichsstände sind zum großen Teil sozialistisch, zum Teil sogar unabhänglich, und doch nehmen sie in kürzester Form gegen den deutschen Einheitsstaat Stellung.“

Streik der laim. und techn. Angestellten in Darmstadt.

Darmstadt, 18. Dez.
Nachdem die Tarifverhandlungen zwischen den Angestellten Darmstadts und den Arbeitgebern gescheitert sind, sind die kaufmännischen und technischen Angestellten heute in den Ausstand getreten. Die Verhandlungen dauern fort.

Die Salzburger Bestrebungen.

Wien, 17. Dez. Die Salzburger und Tiroler Blätter aller Richtungen fordern entschieden den vollständigen beziehungsweise wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland, wobei die Salzburger Presse hervorhebt, daß für Salzburg nicht wie für Vorarlberg die Verjüngungsfrage einlaßend sei, sondern daß Salzburg nur zu früheren ähnlichen Verhältnissen zurückkehren wolle. Von der Reise Kemners hofft die sozialdemokratische Presse doch endlich Einsicht bei der Entente.

Erzbergers Mißerfolg.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ läßt Herr Erzberger verkünden, daß das bekannte Sparprämienanleiheergebnis der Sparprämienanleihe keineswegs als eine Niederlage seines Systems, sondern im ganzen als bestreidend anzusehen sei. Er verweist auf verschiedene Umstände, die das Ergebnis beeinträchtigt hätten, und läßt u. a. folgendes schreiben:

„Auch die Agitation war diesmal wesentlich anders eingestellt und mußte anders eingestrichelt werden, als während des Krieges. Es fehlten vor allem alle psychologischen Druckmittel, die bei der Kriegsanleihe zur Verfügung standen. Weiter bewegte sie sich in wesentlich geringerer Umlaufweite. Sie konnte sich vor allem nicht auf ein großes Heer von freiwilligen Helfern und Helferinnen. Die Agitation für die Spar-Prämienanleihe war rein sachlich gehalten und mußte und wollte nicht in hartem Maße an das Gefühl appellieren.“

Somit Herr Erzberger, dem es recht schmerzhaft sein wird, gleichzeitig unter der Überschrift „Skandale bei der Prämienanleihe“ im „Vorwärts“ das Folgende zu lesen:

Die Millionen von Druckstrichen, die als Reflektoren für die Spar-Prämienanleihe ins Land geschickt wurden, klangen alle in dem Saal aus: Reichwe, und du wirst Millionär! Hier wurde nicht an die stillste Pflicht der Bittsteller für das Vaterland, nicht an das Stolzgefühl, sondern an die niedrigsten Leidenschaften im Volk, an Eitelkeit, an Spielerei und Gewinnsucht appelliert. So kam es, daß die kleinen Leute, mit dem harten Glauben an die Lotteriestadt, als Zeichner ausmarchierten und die wichtigsten Geldbesitzer abschwendend seitwärts schenken ließen. Mehr die Spar-Prämienanleiheprospekte sollen etwa zehn Millionen Mark ausgegeben worden sein. Damit wurden trotz der großen Papiernot unsekundäre Menen gedruckt Papier bezahlt. Dabei ist mit den Druckstrichen nur ein ganz kleiner Kreis von Druckereien befaßt worden, die angesichts der bedeutenden Annahme höchster Preisforderungen riesige Gewinne einbringen konnten. Die höchsten Preisforderungen sind allzu bewilligt worden. In einzelnen Fällen ist nahezu das Doppelte für Druckstrichen bezahlt worden als im christlichen Druckgewerbe üblich gefordert wird. Viele hunderttausende von Mark sind in Preisüberforderungen hinausgeworfen worden, obwohl die schlechte Finanzlage zu äußerster Sparsamkeit hätte mahnen sollen. Noch am 10. Dezember, am Tage des Reichstages, sind erbärmliche Prospektoren „Wie werde ich Millionär?“ in Massen verbreitet worden. Auf den Postanstalten lagen wochenlang Riesensonnen von Druckstrichen, die nicht befördert werden konnten. Verträge, die das Restlos der höchsten Löhne für den betreffenden Prospektoren artikel enthalten, sind abgebrochen worden. An Redaktionen ist man mit dem Versprechen von Sondorhonoraren, deren Höhe den Berechnungscharakter ausdorn, herangekommen, damit diese in ihren Blättern ähnliche Werbeartikel schreiben. Eine Broschüre ist in einer Auflage von 1 1/2 Millionen Stück hergestellt worden. Für das Fremdenverkehrsbüro ihren Preis mit 17 bis 19 Pfennig. Allein bei diesem Auftrag sind 200 000 bis 297 500 Mark über den rechnerischen Betrag hinaus bezahlt worden. Mehrere hundert Millionen in größerer Zahl vor. Diese Dinge müssen unterstellt werden. Wir fordern die Einsetzung einer Kommission, die die gesamte Geschäftswelt und die gesamte Bevölkerung der Werbestelle für die Spar-Prämienanleihe durchdringend untersuchen und so durchgreifend das verheerende Schandstück nicht ein zweitesmal in Deutschland vorkommen.“

Diesem Wunsch des „Vorwärts“ nach einer Untersuchung der Art der Werbung für die Anleihe und der Verwendung der hierbei benutzten Geldmittel des Reichs kann man nur in vollem Umfange beipflichten.

Anfragen an die Reichsregierung.

Die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei haben folgende Anfrage an die Reichsregierung eingebracht:

Die Volkswirtschaft leidet durch eine verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik und durch die den Arbeitswilligen lähmende Gesetzgebung des letzten Jahres vor dem völligen Zusammenbruch. Dadurch kommen weite Volksteile in die Lage, sich bei dem unabhändigen und ungeheuren Steigen aller Preise bald nicht mehr ernähren und bekleiden zu können. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun?

1. um die drohende Wirtschaftskrise zu verhindern,
2. um die nicht am Produktionsprozess unmittelbar beteiligten Bevölkerungsschichten lebensfähig zu erhalten?

Die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben folgende Anfrage in der Reichstagsversammlung eingebracht:

Die Reichsleberindustrie-Gesellschaft, ein unter amtlicher Aufsicht stehendes Unternehmen, hat eine ganz ungewöhnliche Ausbeute verteilt: auf 500 Mark Anteil im Jahre 1917 1500 Mark, im Jahre 1918 15000 Mark. Ebenso sind ab 30. Juni d. J. erhebliche Divi-

